Für einen freien Hochschulzugang!

Mit dem EuGH-Urteil über den Hochschulzugang werden Österreich faktisch die Zugangsbeschränkungen Deutschlands aufgezwungen. Die österreichische Regierung hat das bereitwillig aufgegriffen, um nach der Einführung von Studiengebühren zum nächsten großen Schlag gegen den freien Hochschulzugang auszuholen. Diese Politik lehnen wir ab. Wir fordern daher:

- Keine Umsetzung des EuGH-Urteils - keine Zugangsbeschränkungen an den Hochschulen. Unrecht darf nicht Recht werden.

- Ausweitung der materiellen Mittel für die Hochschulen anstelle der geplanten Steigerung des Rüstungsbudgets.

- Sofortige Abschaffung der Studiengebühren.

Name	**Adresse**	**Unterschrift**	**email für Infos**

Bitte zurückschicken an: Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstraße 15,
4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, E-Mail office@werkstatt.or.at